

**Regierungserklärung zur Politischen Kultur in Thüringen „Thüringen-Monitor 2008“
„Verantwortung und Vertrauen –
Soziale Marktwirtschaft in Thüringen“**

Frau Präsidentin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr lag das Hauptaugenmerk des Thüringen-Monitors auf dem Thema „Soziale Marktwirtschaft“. Dieses wichtige wirtschaftspolitische, aber auch gesellschaftspolitische Thema macht deutlich, wie wesentlich es ist – so der Thüringen-Monitor –, dass aus dem ökonomischen Vertrauen auch politisches Vertrauen erwächst. Jeder weiß, die freiheitliche Demokratie einerseits und die freie und soziale Wirtschaftsordnung andererseits tragen und stärken sich gegenseitig. Beide geben den Menschen die Möglichkeit, sich zu entfalten und ihre Interessen wahrzunehmen. Freiheit baut auf zwei wesentlichen Grundlagen auf: auf Verantwortung und Vertrauen. Wer Verantwortung wahrnimmt für sich und für andere, insbesondere für die, die sich nicht ausreichend selbst helfen können, erwirbt Vertrauen und bietet Vertrauen. Und damit wächst auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen, in die Politik, in die Unternehmen, in die Mitmenschen. Anders kann eine freiheitliche Gesellschaft nicht funktionieren.

Die Soziale Marktwirtschaft – ein bewährtes Modell

Als wir vor der Sommerpause das Thema „Soziale Marktwirtschaft“ festgelegt haben, war noch nicht abzusehen, welche besondere Aktualität dieses Thema heute hat. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, der Entwicklung der Wirtschaft und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt steht das Thema „Soziale Marktwirtschaft“ natürlich im Fokus. In den letzten Wochen ist von einigen bereits das Ende dieses Modells prophezeit worden. Eine Position, die nicht nur falsch, sondern auch gefährlich ist.

Meines Erachtens ist die Soziale Marktwirtschaft die einzige Ordnung für eine freiheitliche Gesellschaft, denn nur sie kann es ermöglichen, Freiheit und Eigenverantwortung, Wettbewerb, Eigentumsbildung und Kreativität miteinander zu verbinden. Die große Stärke der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie, das enorme Integrationsvermögen, das alles haben wir selbst in den letzten 18 Jahren als Bereicherung erfahren. Unterschiedliche Interessen von Jung und Alt, Leistungsträgern und Schwachen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern lassen sich so am besten miteinander verbinden. Diese Balance ist entscheidend und diese Balance bedeutet auch, dass soziales Miteinander und verantwortliches Handeln, das freie Spiel der Kräfte auf der einen Seite und die Solidarität

und Fürsorge der Gesellschaft auf der anderen Seite in Einklang zu bringen sind. Die derzeitigen Entwicklungen werfen Fragen auf nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Vertrauen und Kontrolle, Freiheit und Ordnung. Natürlich brauchen wir diese Debatte. Wir müssen neue Antworten finden. Aber wir müssen uns vor allen Dingen dauerhaft bekennen zur Sozialen Marktwirtschaft. Denn für uns ist die Soziale Marktwirtschaft auch ein wichtiges kulturelles Kapital in Deutschland.

Die Soziale Marktwirtschaft hat schon zweimal dazu beigetragen, dass eine Erfolgsgeschichte geschrieben werden konnte. Zum einen konnte nach dem Zweiten Weltkrieg ein zerrüttetes Land aufgebaut werden. Unter dem Stichwort Wirtschaftswunder wurde ein Wohlstand entwickelt, wurde eine Demokratie fest verwurzelt, die sich als prägend für Europa und als wichtige Voraussetzung für die Wiedervereinigung gezeigt haben. Mit der Wiedervereinigung haben wir auch hier erlebt, dass eine beispielhafte Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft dazu geführt hat, dass sich Thüringen heute so wie die anderen jungen Länder hervorragend entwickelt hat, dass die Folgen von 40 Jahren Staatssozialismus weitestgehend überwunden werden konnten. Diese Leitvorstellung für die ostdeutsche Transformation, so der Thüringen-Monitor, ist ein Beispiel, dass die Soziale Marktwirtschaft Zukunft hat.

Deshalb wollen die Thüringerinnen und Thüringer und deshalb wollen auch wir diese Soziale Marktwirtschaft erhalten. Aber es ist sicher gut, wenn wir mit diesem Thüringen-Monitor die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft einmal genauer betrachten. Die nachhaltige Bewältigung der bestehenden und der künftigen Herausforderungen, die Frage der Stabilität der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie, all das ist in diesem Thüringen-Monitor genau untersucht worden. Die wichtigsten Aussagen, die ohne Frage natürlich nur eine Auswahl sein können, sind jetzt Mittelpunkt meiner Ausführungen. Die Telefonumfrage, die Grundlage des Thüringen-Monitors ist, fand im Juli statt. Uns hat interessiert, welche Einstellungen sich in den letzten 18 Jahren gelebter Sozialer Marktwirtschaft herausgebildet haben. Beim Standbein, den Einstellungen zur Demokratie, können wir inzwischen auf die kontinuierliche Erhebung aus einem Zeitraum von über acht Jahren zurückgreifen. Das erlaubt jetzt auch, längerfristige Entwicklungen nachzuvollziehen und zu bewerten. Ich möchte sehr gern den Autoren des Thüringen-Monitors herzlich danken für die solide und umfassende Arbeit in diesem Jahr.

Eine entscheidende Frage ist: Welche Akzeptanz finden Demokratie und Soziale Marktwirtschaft bei den Menschen in unserem Land? Fast 80 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer halten die Demokratie für die beste aller Staatsideen. Drei von vier Befragten unterstützen die Demokratie so, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist. Zahlen und Ergebnisse untermauern, dass die Demokratie in

Thüringen fest verwurzelt ist. Die außerordentlich stabile Zustimmung zu den demokratischen Werten, zur Verfassungsordnung darf uns aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass jeder fünfte Befragte, etwa 22 Prozent, auch sagt, wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Außerdem stimmt es nachdenklich, dass die Unterstützung der demokratischen Praxis, also Plenardebatten, Wahlkampf, Abstimmungsprozesse, erheblich schwankt. Die Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer ist mit dem demokratischen Alltag unzufrieden – bei nur 42 Prozent findet er, so der Thüringer-Monitor, Zustimmung. Eine Entwicklung, die nicht nur in Thüringen, sondern in ganz Deutschland zu beobachten ist. Das hat auch der Datenreport 2008 der Bundeszentrale für Politische Bildung bestätigt. Eine mögliche Erklärung liegt in der starken Konsensorientierung unserer Gesellschaft. Aber wir alle wissen, Demokratie bedeutet nicht nur Harmonie. Zur Demokratie gehört der Wettstreit, gehört die Diskussion, gehört die Auseinandersetzung um die besten Lösungen. Das müssen wir auch als Politikerinnen und Politiker noch stärker vermitteln.

Vor allem diejenigen, die mit der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems unzufrieden sind, kritisieren, so der Thüringen-Monitor, die „real existierende Demokratie“, also das, was als Lebenswirklichkeit erfahren wird. Das zeigt auch, wie groß die Verantwortung ist, die die Politiker, die wir, aber auch die Wirtschaftslenker tragen. Denn wir wissen, dass die demokratische Praxis sehr stark nach der wirtschaftlichen Leistung beurteilt wird.

Ich möchte gerade die Zweifler, die Kritiker dazu ermutigen, sich einzumischen, nicht, sich zurückzuziehen, denn die Demokratie ist keine Unterhaltungsshow. Die Demokratie ist eine Staatsform, bei der es auf Mitmachen, auf Mitwirken, auf Mitgestalten ankommt. Es gibt vielfältige Möglichkeiten in den demokratischen Parteien, auf kommunaler Ebene oder auch in anderer Form, die Demokratie aktiv mitzugestalten. Ich danke denen, die sich Tag für Tag und Jahr für Jahr als Demokraten gerade auf kommunaler Ebene einbringen, um das Gemeinwesen zu gestalten.

Thüringer stimmen den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu

Wie stehen nun die Thüringer zur Sozialen Marktwirtschaft? Zwei Drittel der Gesellschaft, und zwar quer durch alle Bildungsschichten, bescheinigen ihr eine gute Funktionsfähigkeit. Und knapp 60 Prozent glauben an ihre Zukunftsfähigkeit, so der Thüringen-Monitor. Das sind, wie ich finde, sehr erfreuliche Ergebnisse, auch wenn sie sich möglicherweise unter dem Licht der aktuellen Entwicklung anders darstellen. Die Grundlage ist gut fundiert. Die große Mehrheit der Thüringer bejaht eine wesentliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. 83 Prozent der Thüringer sagen: Eigenverantwortung kommt vor

Fürsorge. Ein Wert, der auch positiv überrascht, das will ich gern sagen. Die Mehrheit will sich nicht zuerst auf den Staat verlassen, sondern zuallererst die Probleme selbst lösen.

Gleichwohl will fast die Hälfte der Befragten auf staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nicht verzichten. Das sehen auch wir so, denn eine ungezügelter Wirtschaft ohne ordnungspolitische Regeln, ohne den Staat, der Fehlentwicklungen begründet und verlässliche Strukturen schafft, funktioniert nicht, wie wir es auch in der aktuellen Entwicklung erneut erleben. Deshalb bekennt sich auch die Thüringer Wirtschaft zu diesem ordnenden Staat. Hier setzt sich ein gesellschaftlicher Konsens vor allem auch international durch. Dieser gesellschaftliche Konsens ist wichtig. Wir brauchen Transparenz, wir brauchen auch die notwendige Kontrolle, insbesondere beim internationalen Finanzsystem.

Besonders erfreulich finde ich, dass den Thüringern Solidarität und Leistung außerordentlich wichtig sind: 54 Prozent wünschen eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt. Etwa ein Drittel möchte mehr Leistungsorientierung. Sie wissen: Nur Solidarität, Hilfe zur Selbsthilfe und Verantwortungsgefühl schaffen eine menschliche Gesellschaft. Das Miteinander in der Sozialen Marktwirtschaft ist also bewusst und darf kein Lippenbekenntnis sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist übrigens ausgesprochen aufschlussreich, dass vor allem die Anhänger der beiden großen deutschen Volksparteien von der Richtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt sind, so der Thüringen-Monitor. Dagegen gibt es bei den Anhängern der LINKEN keine klare Mehrheit für dieses Modell: Vier von zehn dieser Anhänger wünschen die sozialistische Ordnung zurück. Eine gleichmachende, leistungsfeindliche und menschenunwürdige Ordnung, wie sie der Sozialismus darstellt, schadet Freiheit und Demokratie.

Verantwortung und Vertrauen – das Scharnier einer freiheitlichen, solidarischen Gesellschaft

Ludwig Erhard hat das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft in zwei sehr klaren Sätzen charakterisiert: „[Sie] beruht auf den Grundsätzen der Freiheit und der Ordnung, die – soll Harmonie herrschen – ein untrennbares Ganzes bilden; denn wo Freiheit ohne eine festgefügte Ordnung obwaltet, droht sie ins Chaotische zu entarten, und wo Ordnung ohne Freiheit bestehen soll, führt sie nur allzu leicht zu brutalem Zwang.“ Das, was Ludwig Erhard gleich zu Beginn der Begründung der Sozialen Marktwirtschaft gesagt hat, haben wir erlebt: diesen brutalen Zwang, Ordnung ohne Freiheit. Das, was im ersten Teil ausgedrückt worden ist, die Freiheit durch eine festgefügte Ordnung zu sichern, hatten die

Menschen in der alten Bundesrepublik über 40 Jahre als Wirklichkeit. Wir können heute davon profitieren, dass sich die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt hat. Deshalb werden und sollten wir auch in Zukunft alles dafür tun, dass diese freiheitliche Wirtschaftsordnung bleibt und gestärkt wird.

Ludwig Erhard ging es um einen Ordnungsrahmen, der auf eigenverantwortliches Handeln und auf Vertrauen setzt, in dem es auch klare Grenzen und klare Verantwortlichkeiten des Staates für den Einzelnen und für das Funktionieren von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft gibt. Da muss die Politik auch darauf achten, dass die Gemeinwohlorientierung erhalten bleibt.

Fehlentwicklungen gegensteuern – ohne Verantwortung geht Vertrauen verloren

Bundespräsident Horst Köhler hat im Mai dieses Jahres zu Recht angemahnt: „Auch Marktwirtschaften garantieren nur dann dauerhaft Arbeit und wachsende Einkommen, wenn sie von der breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und mitgetragen werden.“ Diese Verantwortung, auch von uns, für die Akzeptanz und das Mittragen zu sorgen, ist gerade in den letzten Wochen durch die Finanzkrise und die sich daraus entwickelnde Wirtschaftskrise besonders herausgefordert worden.

Aber, um es ganz deutlich zu sagen, es sind keine Fehlentwicklungen der Sozialen Marktwirtschaft, sondern Einzelne haben sich rücksichtslos bereichert – auch auf Kosten der Allgemeinheit. Für die realwirtschaftlichen Folgen dieser Finanzkrise müssen wir nun alle geradestehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Verantwortung nutzen, um der Verantwortungslosigkeit deutlich zu widersprechen. Wir brauchen den Zusammenhang zwischen Moral und Wirtschaft. Das ist das Erfolgskonzept der Sozialen Marktwirtschaft und das muss national und international gesichert sein.

Manche Zeitgenossen wollen in dieser Situation den Menschen einreden, das wäre ein Versagen der Sozialen Marktwirtschaft, die Finanzkrise würde dies deutlich dokumentieren. Die Thüringerinnen und Thüringer wissen: Die Krise ist nicht entstanden, weil das Prinzip „Soziale Marktwirtschaft“ versagt hat, sondern weil international Akteure im Wirtschafts- und Finanzsystem versagt haben und weil der Ordnungsrahmen, vor allem für Finanzgeschäfte, unzureichend ist. Wir haben im Sonderplenum am 27. Oktober 2008 darüber ausführlich gesprochen. Nun müssen wir alles dafür tun, dass die Finanzkrise nicht zu einem Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft führt. Deshalb war es richtig, dass Bund und Länder zügig das Rettungspaket verabschiedet haben – nicht um die Banken zu schützen, sondern die Sparguthaben der Menschen. Und es geht zuallererst um die Funktionsfähigkeit unserer mittelständischen Wirtschaft. Deshalb darf es keine

dauerhafte „Kreditklemme“ geben, denn das würde im Ergebnis tausende Arbeitsplätze kosten.

Wir müssen jetzt erstens sehen, wie die Maßnahmen greifen und welche Schäden die Krise am Ende wirklich hinterlässt. Zweitens müssen wir wirksame Regeln aufstellen, damit sich ähnliche Krisen künftig verhindern lassen. Ich bin dankbar, dass sich die Europäische Union zur Meinungsführerschaft entschieden hat und dass ein erster Gipfel in Washington einen ersten Diskussionsrahmen eröffnet hat. Denn es geht auch darum, dass wir durch einen international gültigen Ordnungsrahmen die Globalisierung positiv und sozial gestalten. Ansonsten läuft die Globalisierung „aus dem Ruder“ und die Ängste werden größer. Wir haben allen Grund aus Thüringer und aus deutscher Sicht, dafür mitzukämpfen, dass die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft, die Grundregeln einer freiheitlichen Ordnung, wie sie sich in Deutschland über Jahrzehnte bewährt haben, jetzt auch noch stärker international angewendet werden.

Radikalismus – Vertrauensbruch in die Demokratie

Zurück zum Thüringen-Monitor: Wir wissen, Radikalismus und Extremismus sind besondere Herausforderungen für die Demokratie. Hier geht es auch um Fragen der Verantwortung und des Vertrauens. Ein demokratischer, freiheitlicher Rechtsstaat gründet auf das Vertrauen in die Bürger und darauf, dass diese ihre Freiheit auch verantwortlich nutzen. Das ist eine gute Nachricht im Thüringen-Monitor: Die ganz große Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer geht mit ihrer verfassungsrechtlich garantierten Freiheit verantwortlich um und rechtfertigt so das Vertrauen, das unser demokratisches Gemeinwesen in den Einzelnen setzt.

Die Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer lehnt zum Beispiel die rechtsextremen Parolen ab; die Häufigkeit ausländerfeindlicher, antisemitischer und den Nationalsozialismus verharmlosender Aussagen geht weiter zurück – so der Thüringen-Monitor. Ebenso ermutigend ist es, dass rechtsextremistische Parteien außerordentlich wenig Sympathie genießen. Selbst bei vielen Menschen mit rechtsextremen Einstellungsmustern stoßen sie auf Ablehnung.

Dennoch, das wissen wir, müssen wir wachsam bleiben gegenüber den Feinden der Demokratie, den Extremisten, denn rechtsextreme Einstellungen sind nach wie vor, auch das drückt der Thüringen-Monitor aus, verbreitet. Vor allem ausländerfeindliche Vorurteile fordern uns heraus. Vorurteile, die vor allem die NPD schürt und sich leider zunutze macht, so dass ihre Mitgliederzahlen steigen. Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht gehörten 2007 mehr als 550 Mitglieder der Thüringer NPD an. Das sind immerhin 170

Personen mehr als noch im Jahr 2006. 753 Delikte politisch motivierter Kriminalität von Rechtsextremen gab es im Jahr 2007, davon 61 Gewaltstraftaten – auch diese Zahlen liegen über den Werten von 2006.

Wir müssen weiterhin wachsam bleiben, und wir sind auch weiterhin wachsam. Die verabscheuungswürdigen Schändungen der jüdischen Friedhöfe in Gotha und Erfurt Mitte November sind Beispiele, die leider zeigen, dass auch 70 Jahre nach der Reichspogromnacht und fast 70 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges der Antisemitismus, die Intoleranz, die Fremdenfeindlichkeit immer noch eine besondere Gefahr sind. Eine Gefahr, gegen die sich der Staat wehren muss. Ich bin Polizei und Justiz ausdrücklich dankbar, dass mit aller Konsequenz ermittelt wird und auch erfolgreich ermittelt werden konnte.

Im aktuellen Bericht der Landesregierung zur „Initiative für Demokratie und Toleranz“ in der Drucksache 4/4638 haben wir zahlreiche Maßnahmen aufgeführt. Besonders nachhaltig wirkt – das erleben wir alle tagtäglich – ein starkes demokratisches Bewusstsein. Die Zivilgesellschaft in Thüringen ist bemerkenswert aktiv im Kampf gegen Rechtsextremismus und ich danke ausdrücklich den Vielen in Thüringen, die durch Aktionen, durch Beiträge, durch entsprechendes dauerhaftes Engagement diese zivilgesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren so stark gefördert haben.

Wir sollten das „Jahr der Demokratie 2009“ nutzen. Denn es gibt geschichtsträchtige Jubiläen wie 90 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre friedliche Revolution. Meilensteine der Demokratieentwicklung, die genutzt werden können, um mit Initiativen, Aktivitäten, Gedenkveranstaltungen daran zu erinnern, wie wichtig demokratische Strukturen sind, wie wichtig die damit verbundenen Werte sind, aber auch wie wichtig es ist, diese demokratischen Strukturen zu stärken und zu festigen.

Thüringer sehen Verantwortung und denken verantwortlich

Der Thüringen-Monitor 2008 zeigt, welche Probleme in den Augen der Thüringer wesentlich und drängend sind. Als vordringliche Probleme nehmen die Befragten die Abwanderung, gefolgt von der Arbeitslosigkeit und der öffentlichen Verschuldung, wahr. Es ist für mich bemerkenswert, dass die Menschen in der Arbeitslosigkeit zwar ein sehr drängendes, aber nicht mehr das größte Problem sehen. Die Zahl derjenigen, die Arbeitslosigkeit für ein großes Problem halten, ist signifikant vom Jahr 2006 mit 85 Prozent auf das Jahr 2008 mit 64 Prozent zurückgegangen. Eine Entwicklung, die in der verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt gründet. Die Arbeitslosenquote in Thüringen liegt, wie wir alle wissen, im zweiten Monat unter 10 Prozent. Das heißt, die starke

mittelständische Wirtschaftsstruktur hat jetzt auch dauerhaft positive Arbeitsmarkteffekte und wir werden alles dafür tun, dass dieser außerordentlich positive Trend nicht der internationalen Krise zum Opfer fällt. Der starke Mittelstand in Thüringen wird sich mit Vitalität auch in den nächsten Jahren weiter gut entwickeln.

Abwanderung wird von 70 Prozent der Befragten als größtes Problem wahrgenommen. Viele Menschen erleben das im eigenen Umfeld, im Familien- und Freundeskreis. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Zukunftschancen, die sich in Thüringen in den letzten Jahren stetig verbessert haben, noch stärker allen Interessierten deutlich machen, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen bietet exzellente Chancen: Natur, Kulturlandschaft, starke Wirtschaftsregionen, eine gute Beheimatungsmöglichkeit, starke Strukturen für Familie, für Bildung, für Hochschule, Forschung und Entwicklung. Diese Werte, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, die durch die Thüringerinnen und Thüringer gestaltet worden sind, müssen noch stärker vermittelt werden. Wir brauchen keine Negativszenarien, sondern wir müssen das uns Wertvolle auch als wertvoll darstellen. Dann wird der Anziehungswert Thüringens nach innen wie nach außen auch in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Auf Platz 3 der Problemskala steht die öffentliche Verschuldung. Mehr als jeder Zweite, 55 Prozent, nimmt sie als großes Problem wahr. Ich denke, hier zeigt sich das Verantwortungsgefühl der Thüringer, die sich selbst dann, wenn dafür manche staatliche Leistungen fortfallen, mit großer Mehrheit, 69 Prozent, für den Abbau der Staatsverschuldung aussprechen. Die Thüringer wollen also nicht auf Kosten künftiger Generationen leben! Das bestärkt die Landesregierung darin, ihre Verantwortung auch weiter wahrzunehmen, um zum einen die Konsolidierung des Landeshaushalts weiter voranzubringen, zum zweiten aber auch ein Neuverschuldungsverbot weiterhin konsequent zu verfolgen. Das gilt für die Debatten in der Föderalismuskommission II, aber das gilt auch für unsere Entscheidungskompetenz hier im Land. Der Landtag wird sich dazu in Kürze mit einem entsprechenden Vorschlag befassen können.

Bei der Prioritätensetzung der Befragten folgt der öffentlichen Verschuldung gleich die Rentensicherung, die aber heute weniger problematisch wahrgenommen wird als noch vor zwei Jahren. Auch hier zeigt sich, dass durch die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und den Beschäftigungsaufbau natürlich die sozialen Sicherungssysteme eine geringfügige Entlastung erhalten haben.

Immerhin fast die Hälfte der Befragten, 48 Prozent, hält den Fachkräftemangel für ein großes Problem. Ein Weg, den wir gehen müssen, ist, den jungen Menschen und denen, die Interesse an Thüringen auch aus anderen Ländern haben, die Chancen am Thüringer

Arbeitsmarkt deutlich zu machen. Denn die aktuelle Fachkräftestudie, die vor wenigen Tagen veröffentlicht worden ist, zeigt: Wir haben in den nächsten Jahren erhebliche Fachkräfteprobleme. Aber wir können sie lösen, wenn es uns gelingt, diese besonderen Chancen Thüringens auch bei den Menschen zu verankern. Die Autoren des Monitors weisen darauf hin, dass, und so wörtlich, „die Brille ihrer eigenen Betroffenheit“ eine wichtige Rolle spielt. Das heißt, der Fachkräftemangel wie die Abwanderung werden immer durch ganz persönliche Erfahrungen in der persönlichen Betroffenheit gespeist.

In der Umweltbelastung sieht nur knapp jeder Vierte (23 Prozent) der Befragten ein großes Problem. Die relative Gelassenheit der Thüringer in diesem Punkt folgt möglicherweise aus der nun wirklich umfassenden Sanierung unserer Umwelt – eine viel bessere Umweltsituation im Vergleich zu 1989. Die kann man auch objektiv messen und jeder kann sie in seiner eigenen Region nachvollziehen. Deshalb bin ich dankbar, dass es uns gelungen ist, in den letzten 18 Jahren diesen drohenden Kollaps unserer Umwelt aufgrund der sozialistischen Staatswirtschaft abzuwenden und dass sich unsere Umwelt wieder zukunftsfähig entwickeln konnte.

Da die Thüringer die öffentliche Verschuldung zu Recht als problematisch wahrnehmen, hat uns auch interessiert, ob die Staatseinnahmen oder die Staatsausgaben in ihren Augen das Problem darstellen. Die überwältigende Mehrheit der Thüringer sieht in den Ausgaben das Problem. Eine Position, die, wie ich finde, auch verständlich ist. Wenn von 100,00 € Lohnkosten des Arbeitgebers bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener nur 47,40 € ankommen, dann ist das eine viel zu hohe Abgabenlast. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass fast neun von zehn Befragten für Ausgabenkürzungen eintreten. Es wird klar, dass wir mittelfristig auch deshalb zu einer deutlichen Senkung der Steuer- und Abgabenlast kommen, damit die Menschen spüren, dass durch die eigene Arbeit ein höherer eigener Ertrag möglich ist. Das ist auch ökonomisch geboten. Wie Sie alle wissen, im Wettbewerb der europäischen Länder haben wir an dieser Stelle eine schlechte Position.

Unverändert lehnen die Thüringer Kürzungen bei den Bildungsausgaben mit großer Mehrheit ab. Sie wissen also, wie entscheidend eine exzellente Thüringer Bildungslandschaft für die Zukunft des Freistaates, für die Zukunft jedes Einzelnen ist. Auch die Themen Fachkräftemangel und Abwanderung korrespondieren ja direkt mit dieser Investition.

Die jüngsten PISA- und IGLU-Ergebnisse zeigen, dass unsere Politik richtig ist. Ich danke den engagierten Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern, dass sie bei diesem kontinuierlichen politischen Rahmen eine so exzellente Leistung vollbracht haben. Worauf es jetzt ankommt, das ist ganz eindeutig: Kontinuität und Qualität sind die

Stichworte, die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit jeder einzelnen Schule ist hier ein entscheidender Weg. Wichtig ist es, dass wir auf keinen Fall ständige Strukturveränderungen betreiben oder immer mit neuen Konzepten diese Arbeit belasten. Am Ende müssen Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher auch wissen, dass man zu ihrer Arbeit steht und dass man sie begleitet und dass sie in ihrer Struktur, in die sie sich eingearbeitet haben, auch zukünftig ihre Arbeit leisten können.

Am ehesten halten interessanterweise die Thüringer Kürzungen bei der Wirtschaftsförderung und beim Umweltschutz für vertretbar. Offenbar beeinflussen auch hier die wirtschaftlichen Erfolge und die verbesserte Umweltsituation die Befragten. Der Handlungsbedarf wird in beiden Bereichen vergleichsweise gering eingeschätzt. Ich bin sicher, dass damit nicht gemeint ist, dass wir die Wirtschaftsförderung einstellen oder dass wir uns nicht weiter bemühen sollten, z. B. beim Thema alternative Energien weiter gut voranzukommen. Die Thüringerinnen und Thüringer sehen aber auch die Erfolge dieser Wirtschaftsförderung und Förderung für eine bessere Umweltsituation. Insoweit sehe ich das eher als Zustimmung für den Weg, den wir in den letzten Jahren gegangen sind.

Diese gute wirtschaftliche Bilanz ist auch Folge einer zielgenauen Förderpolitik. Einer Politik, die den Mittelstand in den Mittelpunkt rückt, die mit vielen selbst verantwortlichen Unternehmern in Thüringen eine gute Entwicklung organisieren konnte. Diese Förderpolitik, das wissen Sie alle, bleibt wichtig. Denn wir müssen jetzt den Zeitraum bis zum Jahr 2013 und dann auch noch bis zum Jahr 2019 nutzen, in dem uns noch erhebliche Mittel aus der Europäischen Union und aus der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehen. Deshalb sind unsere Förderprogramme und Förderprojekte zielgenau auf diesen Mittelstand und auf die Förderung von Mittelstand, Wissenschaft und Forschung ausgerichtet.

Entscheidend ist, dass wir auch weiterhin nicht mit der Gießkanne verteilen, sondern dass wir zielgenau fördern, denn nur so können wir das Vertrauen auch in die Wirksamkeit der Wirtschaftsförderung erhöhen. Der Nachhaltigkeit, die auch dem Willen der allermeisten Thüringer entspricht, müssen wir in Zukunft weiter Rechnung tragen. 83 Prozent sprechen sich dafür aus, dass bei der Wirtschaftspolitik vor allen Dingen Beschäftigungsanreize wichtig sind. Und die Mehrheit spricht sich gegen staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus. Das heißt, der Vorrang der direkten Wirtschaftsförderung von Mittelstand, von Landwirtschaft, von Dienstleistung ist nicht nur unser politischer Weg, sondern wird von der Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer genauso gesehen.

Nachhaltige Investitionen, dieses Thema steht nun auch in der aktuellen Debatte. Was sind nachhaltige Investitionen? Wir hören in den letzten Wochen Vorschläge von Einkaufsschecks und vieles andere mehr. Wenn wir wirklich auch in Zukunft nachhaltig investieren wollen, und das will auch die Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer, ist es wichtig, diese Wirtschaftskraft, diese Wirtschaftsstruktur weiter zu stärken. Genau dazu haben wir in den letzten Monaten Entscheidungen gefällt. Ich denke an die zusätzliche Qualifikation von Ingenieuren, an das stärkere Vermarkten des Wirtschaftsstandorts Thüringen, an die gute und auch flexible Anwendung der vorhandenen Förderprogramme und eine Ausweitung der entsprechenden Rahmenbedingungen. Auch das Landesstraßenprogramm ist eine solche wichtige Initiative, denn hier wird nachhaltig in die Struktur Thüringens investiert und damit die Zukunftsfähigkeit Thüringens entscheidend gestärkt.

Ein wichtiges Programm läuft unter der Überschrift „Exzellentes Thüringen“. Im letzten Jahr haben wir im Einvernehmen mit der Wirtschaft, den Hochschulvertretern, den Forschungsvertretern eine sehr große Summe aus Steuermitteln für vier Jahre festgelegt haben, um die Verbindung von Mittelstand, Forschung, Hochschule noch zu stärken. Sie alle wissen, dass gerade Forschung, Entwicklung und Technologie entscheidend sind für den Erfolg unserer Wirtschaft.

Die Autoren haben gefragt, welchen Stellenwert die gegenwärtigen Probleme voraussichtlich in zehn Jahren haben werden, also durchaus eine mittelfristige Perspektive. Mit Blick auf die Zukunft unterscheidet sich die Einschätzung beträchtlich. Wirtschaftspolitische Probleme verlieren an Bedeutung, sozialpolitische Probleme werden in den Augen der Befragten immer größer. Ohne Frage, wenn wir es heute fragen würden, würde das Ergebnis sicher anders ausfallen. Die künftige Problemagenda aus mittelfristiger Sicht: Sozialpolitische Probleme werden an Bedeutung zunehmen, werden vor allem vom Thema Rentensicherung und Abwanderung angeführt. Die Aufgaben, die hier zu lösen sind, sind enorm. Das wissen auch die Thüringerinnen und Thüringer. 62 Prozent sind für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Eine klare Aussage, die uns auch als Politikerinnen und Politiker in die Pflicht nimmt.

Die Forderung nach einer grundlegenden Reform bedeutet für die Thüringerinnen und Thüringer nicht, dass das eigenverantwortliche, private Handeln vernachlässigt werden soll. Nein, es bedeutet, dass die finanziellen Grundlagen für das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland neu festgelegt werden müssen. Denn zwei Drittel sagen zum Thema „Eigenverantwortung“, dass ein gewisser Geldbetrag natürlich auf die sogenannte hohe Kante zu legen ist. Das ist ein positiver Beitrag, denn

Eigenverantwortung und Verantwortung der Gemeinschaft sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Der Thüringen-Monitor zeigt, dass die Thüringerinnen und Thüringer verantwortlich denken und handeln und dass sie sich weiter eine nachhaltige Politik wünschen. So sind sich die Menschen im Freistaat auch einig, dass Wirtschaftswachstum nicht auf Kosten der Umwelt gehen darf. Sechs von sieben Befragten vertreten genau diese Position. Eine Position, die im Übrigen auch Arbeitslose in hohem Maße unterstützen. 60 Prozent sind sogar bereit, höhere Preise für Produkte zu zahlen. Ein, wie ich finde, positiver Ansatz, denn gerade unsere Landwirtschaft und unsere Ernährungswirtschaft leiden ja darunter, dass häufig die Preise nicht wirklich den Produktwerten entsprechen. Die Thüringer Landesregierung stellt sich aus Überzeugung auch diesen Forderungen und gestaltet eine verantwortungsvolle, seriöse Politik, die über den Tag hinausreicht. Eine Politik, die nicht utopische Wohltaten verspricht, sondern das Verantwortungsbewusstsein aller fordert. Die Thüringer wollen auch, dass sie ihre eigenen Kräfte weiter stärken. Wir sagen, was wir tun. Wir tun, was wir sagen. Wir halten Wort und das schafft, wie man auch dem Thüringen-Monitor entnehmen kann, Vertrauen.

Thüringer haben Vertrauen in die Lösungskompetenz der demokratischen Parteien

In diesem Sinn ist auch das hohe Maß an Kompetenz vor allem in Wirtschaftsfragen, das die Thüringer der Politik der Landesregierung zusprechen, ein erfreulicher Vertrauensbeweis. 50 Prozent der Thüringer sagen, die Landesregierung macht eine verantwortliche Politik. Ausgesprochen positiv ist auch, dass vor allem der demokratischen Mitte die Kompetenz zur Lösung der Herausforderungen zugesprochen wird.

Insgesamt zeigt der Thüringen-Monitor 2008, dass das Vertrauen der Befragten in die Union groß ist. Gerade wenn es darum geht, die am drängendsten empfundenen Probleme zu lösen, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern und die Abwanderung zu stoppen, traut man das am ehesten der Union zu. Auch beim Voranbringen des ländlichen Raums und bei der Kriminalitätsbekämpfung genießen wir großes Vertrauen. Die Daten beweisen, dass dieses Vertrauen auch gerechtfertigt ist. Beste Aufklärungsrate gleich hinter Bayern.

Auch unsere bildungspolitische Linie ist richtig. Das bestätigen die guten und auch sehr guten Ergebnisse Thüringens bei der PISA-Studie, beim Bertelsmann Länderreport und ganz aktuell im IGLU-Ländervergleich. Allerdings müssen wir diese Erfolge noch stärker vermitteln, denn sie sind nicht nur Erfolge, die statistisch wahrgenommen werden sollten, sondern sie sind ein Standortvorteil für Thüringen. Sie schaffen Zukunftspotenzial.

Institutionenvertrauen stärken – politische Gestaltungskraft gewinnen

Der Thüringen-Monitor 2008 bestätigt nicht nur die Politik der Landesregierung, sondern er zeichnet auch ein positives Bild der Menschen im Freistaat. Hier leben also in der Mehrzahl Menschen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Menschen, die aber zu Recht fordern, dass Politik Rahmenbedingungen für dieses eigenverantwortliche Handeln schafft und weiter sichert.

Wie in den Vorjahren spricht auch der Thüringen-Monitor 2008 von einem hohen Institutionenvertrauen. Zwei Drittel der Thüringer haben großes Vertrauen in sogenannte politikferne Institutionen, allen voran in die Polizei und in die Gerichte. Allerdings vertrauen immer weniger, nämlich ein Drittel, den sogenannten politiknahen Institutionen. Das Maß an Vertrauen hängt auch von wirtschaftlichen Fragen und ihrer Wahrnehmung ab. Ökonomisches Vertrauen stärkt – das war der Ausgangspunkt – politisches Vertrauen. Vertrauen, das wir rechtfertigen wollen mit einer Politik der Vernunft, der langfristigen Perspektive, der Kontinuität und der Besonnenheit. Thüringen ist für die aktuellen und künftigen Herausforderungen gut gerüstet. Das beweisen die Daten der letzten Monate und das beweist auch dieser Thüringen-Monitor.

Fazit: Thüringen nach vorn bringen – mit Verantwortung und Vertrauen

Trotzdem kommt der Erfolg auch künftig nicht von allein. Wenn wir unsere Verantwortung wahrnehmen, jeder an seinem Platz, wird Thüringen die gute Entwicklung der letzten 18 Jahre fortsetzen. Die Politik muss dafür glaubwürdig sein, sie muss ernsthaft sein, sie muss die Reformen anpacken, für optimale Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Thüringen sorgen und sie darf keine Luftschlösser bauen oder die Menschen mit populistischen Versprechen täuschen. Wenn man die Thüringer mittelständische Wirtschaft betrachtet, wenn man die leistungsfähige Bildungs-, Hochschul- und Forschungslandschaft betrachtet, wenn man das hohe Maß an innovativen Technologien im Thüringer Mittelstand ansieht, wenn man die Stärke der Familien betrachtet, die leistungsfähigen und intakten Kommunen oder auch die reiche Kulturlandschaft, dann sind das entscheidende Beispiele, die deutlich machen, dass die Potenziale in Thüringen gut geprägt und zukunftsfähig entwickelt sind.

Die Thüringerinnen und Thüringer werden weiterhin ihre Motivation, ihre Kreativität und Flexibilität einbringen, um diese Voraussetzungen, die geschaffen worden sind, weiter zu stärken und daraus wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Die Schlüssel für unsere Zukunft heißen also Verantwortung und Vertrauen. Wir setzen auf Thüringen, ein modernes, ein

weltoffenes Land. Wir setzen vor allen Dingen auf die Menschen, die hier leben und die hier auch in Zukunft leben wollen und die auch Interesse an Thüringen haben, die zu uns kommen. Der Thüringen-Monitor 2008 bestätigt uns, er ermutigt uns und gibt uns auch neue Aufgaben auf, denen wir uns mit aller Kraft stellen werden.